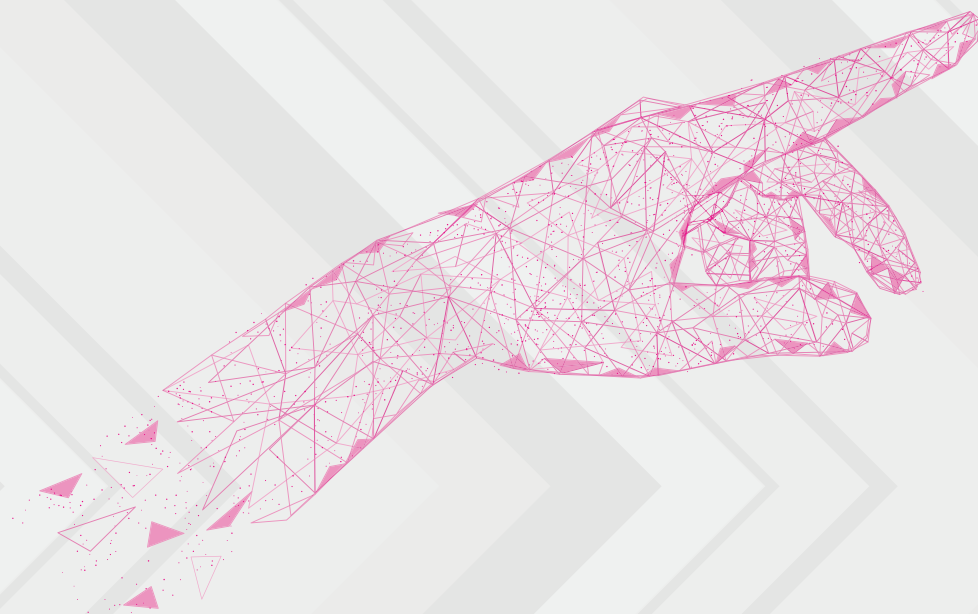


**Freie  
Demokraten**

Brandenburg **FDP**



**ANTRAGSBUCH**

**GEMEINSAM**

**NEUE WEGE**

**GEHEN**

**31. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG  
DER FDP BRANDENBURG**



**MUTIG.  
OPTIMISTISCH.  
WELTOFFEN.  
EMPATHISCH.  
LÖSUNGS-  
ORIENTIERT.**

# ANTRÄGE

#	TITEL	ANTRAGSTELLER	SEITE
L01	Gesundes Brandenburg – für eine bessere und nachhaltige Gesundheitsversorgung in Brandenburg	Landesvorstand	4
A01	Land muss Schäden durch Biber ausgleichen	Kreisverband Märkisch-Oderland	10
A02	Zukunftsfähige Berufliche Bildung in Brandenburg heute ermöglichen!	Landesfachausschuss 2 (Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur)	12
A03	Kurzfristige Maßnahmen zur Linderung des Lehrermangels	Landesfachausschuss 2 (Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur)	18
A04	Lösegeldzahlungen bei Ransomware-Angriffen: ein geostrategisches Risiko	Landesfachausschuss 1 (Innen, Kommunales, Justiz, Europa, Int.)	23
A05	Holen wir den ÖPNV ins 21. Jahrhundert!	Kreisverband Lausitz	27
A06	Fachkräftemangel beheben – Pflegeausbildung reformieren	LFA 3 (Soziales, Gesundheit, Integration, Verbraucherschutz)	29
A07	Die Jugend von heute will Politik mitgestalten!	Kreisverband Lausitz	32
A08	Historische Einordnung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine in den Unterricht bringen	Kreisverband Potsdam	35
A09	Keine Grundsteuererhöhung – Aufkommensneutralität bei der Grundsteuerreform in allen Gemeinden Brandenburgs!	Landesfachausschuss 5 (Finanzen, Steuern und Haushalt)	36
A10	PCK Schwedt: Kurz- und mittelfristige Perspektiven schaffen	Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)	38
A11	Brandenburgs Wälder fit für die Zukunft machen	Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)	40
A12	Zeitenwende in Brandenburgs Energiepolitik	Junge Liberale Brandenburg, Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)	43
A13	Brandenburgs öffentlichen Verkehr zukunftsfähig machen!	Junge Liberale Brandenburg, Landesfachausschuss 7 (Bauen, Wohnen, Infrastruktur, Verkehr)	46
A14	Einführung einer Übergewinnsteuer	Regionalverband Müggelspree	49
A15	Geplante Gasabgabe der Bundesregierung	Regionalverband Müggelspree	53

# 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

## Leitantrag L01

Seite 1 von 6

**BETR.: Gesundes Brandenburg – für eine bessere und nachhaltige**

**Gesundheitsversorgung in Brandenburg**

**Antragsteller: Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Brandenburgs Gesellschaft und Wirtschaft sind akut von mehreren Wandlungsprozessen betroffen, die sich zum Teil überlagern und gegenseitig verstärken. Dabei steht durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und damit verbunden die Erschütterung der europäischen Sicherheitsarchitektur, aber auch und insbesondere der Struktur der Energieversorgung in Europa, Deutschland und Brandenburg im Vordergrund.

Der durch den geplanten Ausstieg aus dem Braunkohletagebau nun initiierte Strukturwandel sollte dabei nicht nur einfach Industriestrukturen und Arbeitsplätze ersetzen, sondern vielmehr im gesamten Brandenburg als Chance für eine grundlegende Modernisierung und Verbesserung der Formen des Zusammenlebens und der sozialen Sicherung begriffen werden.

Eine seit langem bekannte Herausforderung ist dabei der demografische Wandel, der in Brandenburg immer noch viel zu sehr als „Last“ und viel zu wenig als Chance verstanden wird. Der demografische Wandel stellt die Frage nach einem neuen „Gesellschaftsvertrag der sozialen Sicherung“, in dem die Aufgaben der Generationen neu formuliert werden. Die FDP Brandenburg setzt alles daran, die Menschen in die Lage zu versetzen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Der Gedanke der Nachhaltigkeit kann dabei einen zentralen Freiheitsgewinn für die Menschen in Brandenburg darstellen.

Dabei gilt es die zentrale Bedeutung von Innovationen im Bereich der Bio- und Lebenswissenschaften nicht nur als „akademische Gut“, sondern als ganz konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen jeden Alters in Brandenburg tatkräftig und

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

spürbar zu verbessern. So formulieren die UN als drittes ihrer siebzehn Nachhaltigkeitsziele das Vorhaben, ein „gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters (zu) gewährleisten und ihr Wohlergehen (zu) fördern“. Ermöglicht wird dies durch einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der medizinischen Forschung und Versorgung, der im Kern lautet: „Von der medizinischen Versorgung von Symptomen hin zur Behandlung der Ursachen und Regeneration, von der generischen Handhabung von „Krankheiten“ hin zu einer individuellen Therapie einzelner Erkrankter – bis hin zur Einzelzellmedizin.“<sup>1</sup>

Vorrangige Aufgabe der Gesundheitspolitik in Brandenburg muss es sein, dass dieser Paradigmenwechsel in der Medizin, der für so viele Menschen neue Hoffnung und Hilfe bringt, nicht an Brandenburg vorbeizieht.

#### 1. Nachhaltige Medizin als personalisierte Medizin

Etwa 23 Prozent der Gesamtbevölkerung in Brandenburg sind über 65 Jahre alt. Der Anteil wird auch in den nächsten Jahren stetig steigen. Noch nie gab es so viele Menschen, die ihre dritte Lebensphase so aktiv, engagiert, gesund und eigenverantwortlich gestalten können und wollen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der unter 20jährigen in Brandenburgs Bevölkerung in den letzten 30 Jahren von 41% auf jetzt 19% halbiert. Das darf jedoch nicht voreilig zu einer Fokussierung der Gesundheitspolitik auf die ältere Generation führen. Denn die Zahl der Neugeborenen in Brandenburg hat sich nicht etwa verringert, sondern liegt seit 10 Jahren nahezu konstant um die 19.000 lebendgeborene Kinder.

- a. Die Gesundheitsversorgung in Brandenburg muss daher gezielter als bisher die Herausforderung des demografischen Wandels meistern, ohne an starren Langzeit-Plänen festzuhalten. Jede Generation erfordert nach wie vor ein hohes Maß an zweckmäßiger und wirksamer Gesundheitsversorgung.
- b. Nachhaltigkeit in der Medizin erfordert daher, dass insbesondere die Geburtshilfe (klinisch und ambulant, Hebammenversorgung), die Kinder- und Jugendmedizin, die Geriatrie/Altersmedizin sowie die medizinischen Strukturen zur Bekämpfung der

<sup>1</sup> Vgl. BBAW-Positionspapier „Nachhaltige Medizin“, Berlin 2021: [BBAW Denkanstoesse 2021 5 \(6\).pdf](#).

Volkskrankheiten (Diabetes, Herz-Kreislauf, Onkologie) finanziell und organisatorisch stärker gestützt und innovativ weiterentwickelt werden müssen.

- c. Dazu ist eine engere Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung notwendig.<sup>2</sup> Die Gemeinsame Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg und die Flexibilisierung der Bedarfsplanung der KV Brandenburg müssen künftig besser als bisher dezentraler Versorgung in der Fläche und hochwertige Versorgung in regionalen Zentren. Ergänzend dazu können Medizinische Versorgungstrenzen die Aufgaben bislang unterfinanzierter Krankenhäuser übernehmen.
- d. Sowohl für MVZs als auch Krankenhäuser ist die Qualität der Versorgung der zentrale Prüfstein. Wenn hohe Qualitätsanforderungen erfüllt werden, spielt es keine Rolle, ob der jeweilige Träger die öffentliche Hand oder ein Privatgesellschaft ist. Im Gegenteil: Der Qualitätswettbewerb kann und muss künftig die Stärken privaten Engagements im Gesundheitswesen zum Tragen bringen.
- e. Gleichzeitig gilt es, eine hochwertige ambulante Versorgung im Flächenland Brandenburg sicherzustellen. Anreize wie „morbidityorientierte Pauschalvergütungen“ (SVR Gesundheit) oder eine Niederlassungsförderung für Ärzte (Vorbild: Thüringen) müssen in Brandenburg ernsthaft diskutiert werden. Sie dienen nicht nur als Anreiz für neue Praxisinhaber, sondern können sich im Praxisbetrieb auch als Lohnanreiz positiv auf die Mitarbeiter der Praxis (medizinisches u. administratives Personal) auswirken.
- f. Neben der besseren Personalausstattung im Gesundheitswesen gilt es, die Gesundheitsforschung schneller in die Anwendung zu bringen (Translation) und umgekehrt die Erkenntnisse der Versorgung an die Forschung zeitnah und evidenzbasiert zurück zu spiegeln.
  - Das kürzlich neu gegründete Netzwerk „DiReNa“ zur Diagnostik, Rehabilitation und Nachsorge von Long-Covid-Erkrankten ([DiReNa - Diagnostik - Rehabilitation - Nachsorge](#)) ist ein positives Beispiel dafür, dass jedoch noch um

<sup>2</sup> SVR Gesundheit: Gutachten 2018: [Microsoft Word - SVR-Gutachten 2018.docx \(svr-gesundheit.de\)](#) .

Forschungsstrukturen (z.B. durch Errichtung eines Long-Covid-Registers, analog zu den etablierten Krebsregistern) zu erweitern ist.

- Ebenso sind die Möglichkeiten der Genom-Sequenzierung viel offensiver zu nutzen Das RKI in Wildau arbeitet in Kooperation mit dem Carl-Thiem-Klinikum als Referenzlabor bei der Sequenzierung von Corona-Viren zusammen. Diese Zusammenarbeit darf nicht nur Modellprojekt bleiben, sondern muss Standard sowohl für viele weitere Krankheitsfelder werden.
- Wichtige Infrastrukturmaßnahme ist dazu die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens und insbesondere der Aufbau geeigneter Datenbanken. Es gilt, was die Vorsitzende des Wissenschaftsrates bei der Vorstellung des Positionspapiers „Digitalisierung und Datennutzung für Gesundheitsforschung und Versorgung“ am 11. Juli 2022 gesagt hat: *„Die Nicht-Nutzung von Daten kann Menschenleben kosten.“*<sup>3</sup>

Das Land Brandenburg darf nicht bei einem Leitprojekt „Digital Hospital“ verharren, sondern muss umgehend eine Gesundheitsdateninfrastruktur für das gesamte Land aufsetzen. Das kann weitreichende Auswirkungen auf die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Brandenburg haben:

- bei der molekulargenetischen Diagnostik, die zwar im ambulanten Bereich vergütet wird, aber im Krankenhausbereich in den DRGs nicht abgebildet ist und die Analyse unterschiedlicher Krankheitsbilder erschwert.
- bei der Bekämpfung der Sepsis und Analyse weiterer schwerer Krankheitsverläufe im stationären Bereich, durch Entwicklung zielgenauer und aussagekräftiger Qualitätskontrollen.

<sup>3</sup> Vgl. [Wissenschaftsrat - Pressemitteilungen - Gesundheitsdatennutzung endlich voranbringen | Plädoyer für einen chancenorientierten und forschungsfreundlichen Umgang mit Digitalisierung und Datennutzung in Gesundheitsforschung und Versorgung](#) .

- Bei der Entwicklung neuer Therapieoptionen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten oder Entzündungs- und immunologischer Erkrankungen (z.B. Rheumatoide Arthritis).

Diese Chancen der modernen Gesundheitsforschung und -versorgung gilt es, in Brandenburg recht schnell zur Anwendung zu bringen.

## 2. Nachhaltige Medizin durch moderne Infrastruktur

Eine hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung braucht hochqualifizierte Fachkräfte, die ihren Beruf mit viel Engagement ausüben. Diese Fachkräfte müssen gut bezahlt werden, damit die Arbeit in einem sozialen Beruf nicht die eigene Existenz auf den Prüfstand stellt. Zudem brauchen Fachkräfte in sozialen Berufen eine Infrastruktur und ein Lebensumfeld, dass ihnen die anspruchsvolle Tätigkeit erleichtert und gleichzeitig ein generationengerechtes Leben ermöglicht.

Dazu stehen dem Land und den Kommunen bereits jetzt wirksame Hilfsmittel zur Verfügung, insbesondere im Rahmen der sog. „Städtebauförderung“, wie sie seit vielen Jahrzehnten etabliert und im Land Brandenburg durch das MIL administriert wird.

Mit Blick auf den möglichst wirksamen Einsatz von begrenzten Finanzmitteln der Kommunen und des Landes gilt es, den Aspekt „Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen“ für das Land Brandenburg fruchtbar zu machen.<sup>4</sup> Gerade mit Blick auf die Nutzung sozialer Infrastruktur durch unterschiedliche Generationen lohnt der Gedanke der Mehrfachnutzung, sowohl mit Blick auf ganz unterschiedliche Bedarfe in der Gegenwart, als auch mit Blick auf kommende, sich stetig verändernde Bedarfe.

Sowohl das MIL, als auch die Brandenburgische Architektenkammer sollte – ähnlich den bereits existierenden Gestaltungsbeiräten – das Thema „Förderung sozialer Infrastruktur“ zu einem zentralen Beratungsgegenstand für Kommune als auch private Investoren machen. Denn auch in diesem Bereich gilt: Die Effizienz von Projekten wird nicht dadurch entschieden, ob der Träger die öffentliche Hand oder eine private Unternehmung ist, sondern durch die hohe

---

<sup>4</sup> Vgl. zu Referenzbeispielen: [Mehrfachnutzung \(MFN\) - Berlin und Bezirke / Land Berlin](#) .



- 125 Qualität des Projektes, das den Ansprüchen der Menschen jedes Alters möglich genau und in  
126 der Breite gerecht wird.
- 127 In Zeiten eines dynamischen Wandels gilt es, den Gedanken der Flexibilität (z.B. auch zur  
128 Veränderungen sozialer Infrastruktur) über den Gedanken möglichst kleinteiliger, „einzelliger“  
129 Lösungen zu stellen. Wo Veränderung sowohl Gegenwart als auch Zukunft prägt, ist nicht in  
130 Stein gemeißelte Kontinuität gefragt, sondern der Freiraum für Lösungen, die sich mit den  
131 Menschen verändern.
- 132 Begründung:
- 133

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 01

Seite 1 von 2

1 **BETR.: Land muss Schäden durch Biber ausgleichen**

2 **Antragsteller: Kreisverband Märkisch-Oderland**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Die FDP Brandenburg fordert die Landesregierung auf, beim Ministerium für Landwirtschaft  
5 und Umwelt einen Fonds für den Ausgleich von durch Biber verursachte Schäden aufzulegen,  
6 wie es das Land Bayern getan hat.

7 Das Land Brandenburg soll außerdem den Gewässer- und Deichverbänden eine höhere  
8 Kostenerstattung für die durch Biber bedingten Mehraufwendungen bei der  
9 Gewässerunterhaltung gewähren. Eine Kostenerstattung von 80% von über 10.000 Euro  
10 hinausgehenden Kosten wäre angemessen.

11

12 Begründung:

13 Vor sechs Jahren hat das Land Brandenburg eine Biberverordnung erlassen, die ein geeignetes  
14 Management für die Population von Bibern im Land erarbeiten und umsetzen sollte. Trotz der  
15 Bemühungen von Land und Kreisen bleiben viele Probleme ungelöst. Die Schäden durch Biber  
16 gefährden nicht nur das fragile Wasserregime des Oderbruchs.

17 Ein Schadenausgleichsfonds nach Vorbild Bayerns kann dazu beitragen, die Akzeptanz des  
18 Bibers in der Region zu erhöhen. Landwirte, Kommunen und Kreise müssen für ihre  
19 Aufwendungen zur Beseitigung von Gefahren durch Biber schnell und unbürokratisch  
20 entschädigt werden.

21 Derzeit erhalten die Gewässer- und Deichverbände für Schäden über 20.000 Euro lediglich 50%  
22 der entstehenden Mehraufwendungen. Schäden unter 20.000 Euro werden nicht ausgeglichen.

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

- 23 Gerade im Oderbruch mit seinem empfindlichen Wasserregime ist eine ständige Überwachung  
24 der Gewässer II. Ordnung und ein häufiges Eingreifen gegen von Bibern verursachte Schäden  
25 erforderlich. Dabei gibt es sowohl häufig Vorfälle mit geringeren Kosten als die Untergrenze von  
26 20.000 Euro als auch Großschadensfälle mit deutlich höheren Kosten.
- 27 Wenn das Land nicht bereit ist, den Abschuss von Bibern zu erleichtern, dann muss das Land  
28 wenigstens dafür sorgen, dass die entstehenden Schäden ausgeglichen werden.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 02

Seite 1 von 6

**BETR.: Zukunftsfähige Berufliche Bildung in Brandenburg heute ermöglichen!**

**Antragsteller: Landesfachausschuss 2 (Bildung, Wissenschaft, Forschung & Kultur)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Eine Million offene Stellen in fast allen Berufen und Qualifikationen sind in Deutschland derzeit unbesetzt und in den kommenden Jahren müssen 500.000 Stellen pro Jahr zusätzlich mit Fachkräften besetzt werden. Dieser Arbeitskräftemangel stellt eine erhebliche Gefahr für den Wohlstand Deutschlands und die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft dar. Besonders hart treffen wird es Branchen mit technischen Berufen und die Gesundheitswirtschaft.

**Kurzfristige Begegnung des Fachkräftemangels**

Auch wenn nationale oder europäische Aktivierungen von Fachkräftepotentialen ein vorrangiges Ziel bei der Begegnung des Personalmangels sein sollten, braucht es um kurzfristige Personalbedarfe zu decken, eine Modernisierung und Erleichterung des Anerkennungsverfahrens von beruflichen Qualifikationen bei der Fachkräftezuwanderung mit dem Ziel einer spezifischen, schnellen und nachfrageorientierten Ermöglichung von Einwanderung qualifizierter Menschen von außerhalb der Europäischen Union.

Dies wird jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitskräftelücke zu schließen, sodass man noch stärker nach nationalen Arbeitskräftepotentialen suchen muss. Der Schlüssel zur Lösung ist der Bereich Qualifizierung und Weiterbildung, ein bisher unterbelichtetes Handlungsfeld.

Der Staat kann und darf hierbei die Unternehmer nicht alleine lassen.

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....

☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

Die Landesregierung Brandenburg und die Bundesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Kompetenzen und ggf. in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern zeitnah eine belastbare Zeit- und Maßnahmenplanung zur Umsetzung von nachstehenden Punkten aufzustellen:

### **Berufsorientierung an Schulen in Brandenburg**

Um dem Problem und bestehenden Barrieren beim Übergang aus der Schule in eine Berufsausbildung entgegenzuwirken bedarf es:

- noch frühzeitigerer Orientierungsmöglichkeiten im Rahmen des Schulunterrichts, bei steigendem Praxisanteil bis zum Schulabschluss,
- die Einbindung von Firmen und Unternehmen in den Schulen, um regelmäßig nicht nur Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, sondern auch Beispiele für attraktive Erwerbsbiographien jenseits von einem Hochschulstudium aufzuzeigen,
- einer Etablierung von jährlichen Schulpraktika (ggf. auch unter Nutzung digitaler Angebote wie praktikumswoche.de) ab Klassenstufe 6
- einen Ausbau der Angebote zur Förderung sozialer und persönlicher Kompetenzen der Schüler/-innen, die u.a. auf eine erfolgreiche Ausbildungsaufnahme hinwirken können,
- zusammengedachte Berufs- und Studienorientierungsangebote, hierzu gehört auch die Ausbildungsberatung für Uni-Abbrecher,
- konzertierte Maßnahmen zur Trendumkehr bei der Verschlechterung von Übergangschancen von Haupt- und Realschüler/-innen,
- entsprechend dem Koalitionsziel der Bundesregierung eine brandenburgweite Etablierung von Jugendberufsagenturen,
- einer Weiterentwicklung der überwiegend analogen Beratungsinfrastruktur in hybride Angebotsstrukturen und
- einen Abschied vom bildungspolitischen Ziel, nur wer ein Studium aufnimmt, ist erfolgreich aus dem Schulsystem entlassen worden. Hierzu gehört auch eine Imagekampagne für alle Abschlüsse, die auf eine Berufsausbildung hinauslaufen.

Bei diesen Maßnahmen darf sich das Land Brandenburg nicht nur auf Mittel der Bundesagentur für Arbeit ausruhen, sondern muss angesichts der katastrophalen Lage auf dem Ausbildungsmarkt Landesmittel priorisieren und Kooperationsmodelle mit Unternehmen und ggf. freien Bildungsträgern neu- und weiterentwickeln.

### **(Duale) Ausbildung in Brandenburg**

Als Grundlage für eine moderne, digitale und wettbewerbsfähige Duale Ausbildung bedarf es leistungs- und zukunftsfähiger Berufsschulen. Sie sind nicht nur Partner des Ausbildungsbetriebs, sondern auch Garant für die Auszubildenden ein attraktives, zeitgemäßes Ausbildungsumfeld zu haben. Um betriebliche Ausbildung in Brandenburg zu stärken, braucht es:

- ein Netz überbetrieblicher Bildungszentren,
- ein „Chancenverbesserungssystem“ von Angeboten, um Übergänge von der schulischen in die berufliche Bildung zu erleichtern,
- umfangreiche landespolitische Flankierungen der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung des Bundes zur Modernisierung von Berufsschulen in Bezug auf Ausstattung, Behebung des Lehrermangels, aber auch die Weiterentwicklung hin zu einem starken Partner der Betriebe im Bereich der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS),
- den quantitativen und qualitativen Ausbau der didaktisch-methodischen Aus- und Fortbildung des Lehr- und Prüfungspersonals,
- eine Modernisierung der Dualen Ausbildung. Das bedeutet die verbindliche Aufnahme von digitalen und hybriden Formaten in den Berufsschulunterricht, um mobilitätsbedingte Belastungen in der Brandenburger Fläche zu reduzieren,
- die Aktualisierung der neuen Standardberufsbildposition auch bei bestehenden Berufsbildern, damit diese verpflichtend prüfungsrelevant werden. Hier sind entsprechende Ausbildungsordnungen für diese Berufe zu modernisieren,

- eine Flexibilisierung von Ausbildungsinhalten, um mehr berufliche Entfaltungs- und Karrieremöglichkeiten zu ermöglichen und negativen Folgen für Ausbildungserfolge durch Interessenkompromisse bei zu frühzeitiger Spezialisierung zu reduzieren,
- eine Erhöhung der Transparenz und Übersichtlichkeit bei Karrierewegen, individuellem Ausbildungsverlauf und Lernfortschritten.

Es muss das Ziel sein, das Duale Ausbildungssystem zu stärken, aber neue Flexibilität zu ermöglichen, ohne das System auszuhöhlen.

### **Modernisierung der Fort- und Weiterbildung in Brandenburg**

Einen Ausbildungsabschluss im Sinne eines Endes der Notwendigkeit des beruflichen Lernens gibt es heute nicht mehr. Immer schnellere und kürzere Technikzyklen begründen u.a. die Anforderungen im Rahmen eines lebenslangen Lernens. Die Bundesregierung steht vor der Herausforderung, regulatorische Rahmen und Verantwortlichkeiten mit den Sozialpartnern festzuschreiben, doch die Versuche einer wirksamen Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) haben bisher begrenzte Wirkung gehabt und zu viel Zeit in Anspruch genommen.

Die Sozialpartner tun sich mit Flexibilisierungen und Anerkennungen von Teilqualifikationen, aber auch non-formalen Qualifikationen sehr schwer. Deutschland braucht hier mehr Dynamik und Bereitschaft zur Erprobung neuer Modelle, hierbei kann der Deutsche Qualifikationsrahmen für Weiterbildungen (DQR) eine Stütze sein.

Das Land Brandenburg soll Vorreiter werden indem,

- ein landesweiter verlässlicher Rahmen geschaffen wird, wie berufliche Fortbildung organisiert und finanziell garantiert wird,
- ein Angebotsstandard beschrieben wird, wie Formate der Qualifikationsvermittlung ausgestaltet werden. Hierzu gehören digitale, flexible, nachfrageorientierte, aber auch klar adressatenbezogene Formate, die der Lebens- und Arbeitsrealität der Zielgruppen entsprechen,

- die Landesregierung treibende Kraft im Diskurs mit den anderen Ländern und Sozialpartnern wird, wie Bewertung und Testung (Inhalte und Rahmen der Prüfung) des Qualifikationserwerbs standardisiert werden können,
- Zertifikate für Teilqualifikationen und non-formale Qualifikationen nicht mehr hierarchisch geordnet werden und einer formalen Anerkennung zugeführt werden,
- die Abgrenzung zwischen formaler und non-formaler Bildung reduziert werden,
- Aus- und Weiterbildungskonzepte nach einem Erwerbseinstieg verzahnt werden,
- die Durchlässigkeit zwischen beruflichen und akademischen Bildungswegen über gegenseitige Anerkennungsmöglichkeiten verbessert wird und
- ein verbindlicher Versorgungsgrad beschrieben wird, der jeder Brandenburgerin und jedem Brandenburger bei der beruflichen Weiterbildung garantiert ist, aber auch Brandenburger Unternehmen planerische Sicherheit bei der Deckung von Fortbildungsbedarfen gibt.

Zu dem Bereich der Weiterbildung zählt die FDP Brandenburg auch Angebote der Grundbildung, wie bspw. Alphabetisierung, aber auch Möglichkeiten eines „Nachholens von Bildung“, um ein enormes Arbeitskräftepotential zu heben, aber auch sozialen Aufstieg durch Bildung zu befördern.

Angesichts der finanziellen Herausforderungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine darf die Modernisierung und der Ausbau des Aufstiegs-BAföG nicht vergessen werden. Die FDP Brandenburg sieht hierin einen wesentlichen Hebel, mehr Möglichkeiten der Höherqualifizierung in und aus der beruflichen Ausbildung möglich zu machen und damit attraktiver zu gestalten.

### **Gesellschaftliche Debatte über bildungspolitische Entwicklungen**

Die FDP Brandenburg bringt sich in die Debatte über die Veränderungen in den Bildungsinstitutionen der vergangenen zehn Jahre ein und fragt ideologiefrei nach Handlungsnotwendigkeiten. Deutschland hat eine unbeschreibliche Bildungsexpansion erfahren. Das heißt, dass immer mehr junge Menschen Abitur machen und einen Universitätsabschluss anstreben. Damit geht ein „Upgrading der Berufsstruktur“ einher. Hierbei



148 werden immer mehr Qualifikationen von Mitarbeitenden abverlangt und zeitgleich ein  
149 Wertverlust von Abschlüssen der Haupt- und Realschulen festgeschrieben. Diese Entwicklung  
150 muss beendet werden, indem gesellschaftlich, aber auch politisch die berufliche der  
151 akademischen Ausbildung gleichgestellt wird.

152

153 Begründung:

154 Begründung erfolgt mündlich.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 03

Seite 1 von 5

**BETR.: Kurzfristige Maßnahmen zur Linderung des Lehrermangels**

**Antragsteller: Landesfachausschuss 2 (Bildung, Wissenschaft, Forschung & Kultur)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Verfehlungen in der brandenburgischen Bildungspolitik sind nicht zu übersehen. Der massive Lehrermangel ist dabei nur ein dringendes Verhängnis der Landesregierung. So fehlen für das Schuljahr 2022/23 mehr als 1000 Lehrkräfte (vgl.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/03/brandenburg-lehrermangel-lehramt-studierende-rueckgang.html>).

Die Zukunftsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in Brandenburg ist jedoch abhängig von einer guten Bildung mit handlungs- und zielorientiertem Unterricht. Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung hat somit für die Freien Demokraten Brandenburg oberste Priorität. Daher muss zukünftig die Ausbildung von Lehrkräften modernisiert und der Beruf des Lehrers/der Lehrerin in Brandenburg attraktiver werden.

Kurzfristig braucht es für kommende Schuljahre jedoch Anwerbekampagnen für Lehrkräfte, ein solides Qualifizierungsprogramm für Seiten- und Quereinsteiger sowie weitere Maßnahmen, die den stetig steigenden Unterrichtsausfall an Schulen verhindern. Das Ziel muss sein, eine Absicherung der Unterrichtsstunden mit 105 Prozent der Kontingentstunden einer Schule, um Spielraum zum Kompensieren von kurzfristigen Ausfällen von Lehrkräften zu haben

Um dem Lehrermangel kurzfristig entgegenzuwirken, fordern wir folgende, zentrale Punkte.

#### **I. Quer- und Seiteneinsteiger**

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....

☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

Kurzfristig kann das entstandene Defizit an Lehrkräften insbesondere durch Quer- und Seiteneinsteiger aufgefangen werden. Um dies zu erreichen, sind folgende Schritte notwendig:

- Wir fordern eine umfangreiche Anwerbekampagne für Quer- und Seiteneinsteiger, die über verschiedenste Kanäle für den Lehrerberuf wirbt. Ergänzend dazu muss das Bewerbungsverfahren niedrigschwellig gestaltet werden.
- Um die Quer- und Seiteneinsteiger schnell und gut zu qualifizieren, fordern wir ein vollständig digitales Qualifizierungsprogramm, um Standortnachteile für Schulen in der Fläche abzubauen.
- Das Potenzial geflüchteter Lehrkräfte muss in Brandenburg besser genutzt und jene proaktiv angesprochen werden. Zu prüfen ist außerdem, inwiefern ukrainische Lehrkräfte für ukrainische Flüchtlingskinder Unterricht nach ukrainischem Lehrplan in deutschen Schulen anbieten können. Durch einen digitalen Unterricht nehmen viele ukrainische Kinder auch aus Deutschland am Unterricht in der Ukraine teil. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport soll hierbei proaktiv ukrainische Lehrkräfte in Brandenburg ansprechen.

## **II. Vertretungslehrkräfte**

Eine weitere Maßnahme, um drohenden Unterrichtsausfall angemessen zu kompensieren, stellt im Land Brandenburg das Konzept des Vertretungsbudgets dar. Dafür werden Vertretungslehrkräfte über die Vertretungsreserve der jeweiligen Schulen eingesetzt, die kurz- und mittelfristig Ausfälle kompensieren. Aufgrund des steigenden Lehrermangels muss dieses Konzept mit folgenden Maßnahmen angepasst und ausgeweitet werden:

- Wir fordern eine Erhöhung des Vertretungslehrerbudgets in Brandenburg, beispielsweise durch die Rücklagerung des Budgets des Programms "Aufholen nach Corona" zurück zum Budget für Vertretungslehrkräfte. Darüber hinaus fordern wir die Wiedereinführung der Doppelbesetzung bei Langzeiterkrankten.
- Es darf keine Arbeitslosigkeit für Vertretungslehrkräfte geben, wenn Sicherheit besteht, dass das Arbeitsverhältnis nach den Ferien wieder aufgenommen werden soll.

- Es muss ein verpflichtendes Informationsangebot für Lehramtsstudierende an der Universität Potsdam geben, in welchem über das Arbeiten als Vertretungslehrkraft informiert wird.
- Die Tätigkeit als Vertretungslehrkraft soll Lehramtsstudierenden außerdem als ECTS-Punkte im Studium angerechnet werden können. Perspektivisch sollen Lehramtsstudierende die Möglichkeit haben, ein freiwilliges, praktisches Vertretungslehrerjahr (gap year) zu nehmen, ohne Nachteile im Studium zu haben.

### III. Mehrarbeit für Lehrkräfte

Lehrkräfte sollen künftig freiwillig mehr arbeiten können. Rund ein Drittel der Lehrkräfte in Brandenburg arbeiten in Teilzeit. Mehrarbeit soll finanziell voll ausgeglichen werden. Außerdem sollen für Lehrer in Voll- und Teilzeit freiwillige Arbeitszeitkonten geschaffen werden. Die freiwillige Mehrarbeit über das Maß einer Vollzeitstelle hinaus, muss entsprechend vergütet werden.

Um die Mehrarbeit für Lehrkräfte attraktiv zu machen sowie die Stundenkontingente der Schulen zu entlasten, fordern wir verschiedene, kurzfristig umsetzbare Entlastungsmaßnahmen:

- Es muss temporäre Abminderungsstunden für prüfende und korrigierende Lehrkräfte in der Prüfungszeit geben.
- Um den Korrekturaufwand zu verringern und auch den Notendruck zu senken, soll die Anzahl an Klassenarbeiten dauerhaft auf eine Klassenarbeit pro Halbjahr reduziert werden.
- Zeitintensive und nicht zielführende Lernstandserhebungen am Anfang eines Schuljahres müssen stark reduziert bzw. ersatzlos wegfallen.
- Der Ganztagsunterricht soll zukünftig verstärkt durch Vereine und externe Partner durchgeführt werden. Der verpflichtende Ganztagsunterricht an weiterführenden Schulen kann temporär entfallen.
- Lehrkräfte sollen freiwillig auf Abminderungsstunden, zum Beispiel durch die Übernahme einer Klassenleitung, verzichten und über eine Stellenzulage angemessen vergütet werden können.

Ein großes Entlastungspotenzial für Schulen sehen wir in der Neubetrachtung des Zeitraums des Mutterschutzes bei Lehrkräften. Wir unterstützen, dass schwangere Lehrkräfte das Recht auf Mutterschutz ab dem ersten Tag haben. Wir fordern jedoch zum einen die Rückkehr zur Möglichkeit, freiwillig weiter zu unterrichten. Zum anderen sollen jene, die den Mutterschutz ab dem ersten Tag in Anspruch nehmen, anderen Tätigkeiten, zum Beispiel Online-Unterricht oder Nachhilfe sowie administrative Aufgaben zur Entlastung der anderen Lehrkräfte, aus dem Homeoffice heraus nachkommen müssen.

#### **IV. Ältere Lehrkräfte sollen freiwillig länger arbeiten können**

Die Landesregierung soll ältere Lehrer motivieren, nicht vorzeitig in Rente zu gehen. Deswegen soll in der entscheidenden Phase ab dem 63. Lebensjahr die Arbeitszeit gestaffelt gesenkt werden, um bis zu drei Unterrichtsstunden in der Woche. Lehrer, die über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten wollen, sollen über das Vertretungsbudget angestellt werden, um die Anstellung möglichst flexibel gestalten zu können.

#### **V. Weitere Entlastung der Lehrkräfte**

Damit sich die Lehrkräfte auf ihre eigentliche Tätigkeit, das Unterrichten, konzentrieren können, muss sich das Land bei den folgenden Aspekten einbringen:

- Schulträger müssen unterstützt werden, ausreichend Personal für die technische Betreuung der Schule und das Sekretariat zu haben.
- Schulpsychologen müssen verstärkt in den Schulen präsent sein, um diagnostische Prozesse bei den Schülern durchführen zu können, um ihnen die bestmögliche Bildung gewährleisten zu können. Hierbei ist auch eine Einstellungsoffensive für sonderpädagogisches Lehrpersonal unumgänglich.
- Soziale Arbeit muss einen größeren Stellenwert in den brandenburgischen Schulen bekommen. Über Förderprogramme muss das Land die Schulträger unterstützen, Vereine und/oder Sozialarbeiter an die Schulen zu bekommen und zu halten.

Begründung:

117 erfolgt mündlich

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 04

Seite 1 von 4

#### **BETR.: Lösegeldzahlungen bei Ransomware-Angriffen: ein geostrategisches Risiko**

**Antragsteller: Landesfachausschuss 1 (Innen, Kommunales, Justiz, Europa &  
Internationales)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Erpressungstrojaner in Form sogenannter Ransomware sind in den letzten Jahren zu einer ernsthaften und dauerhaften Bedrohung für die deutsche und europäische Wirtschaft herangewachsen.

Insbesondere die zunehmende Bereitschaft zu Lösegeldzahlungen hat sich für Deutschland zu einem massiven geostrategischen Risiko entwickelt hat, das nicht länger ignoriert werden darf.

Die Freien Demokraten in Brandenburg setzen sich daher dafür ein, ...

- Maßnahmen und Anreize dafür zu schaffen, die Lösegeldzahlungen bei Ransomware-Angriffen effektiv unterbinden.
- Unternehmen zu unterstützen, die durch Ransomware-Angriffe in eine finanzielle Notlage geraten. Etwa über einen Hilfsfonds, sodass diese nicht gezwungen werden, Lösegelder zu zahlen. Die Unterstützung sollte jedoch an Bedingungen geknüpft sein, welche sicherstellen, dass die Opfer ihre Pflicht zur eigenständigen Absicherung nicht vernachlässigen.
- für Unternehmen ab einer bestimmten Größe eine Meldepflicht für Ransomware-Angriffe und Lösegeldzahlungen einzuführen.
- Versicherungen zu fördern, die die verursachten Umsatzeinbußen und Wiederherstellungsmaßnahmen absichern. Da die Versicherer zunehmend starke

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

Sicherheitsmaßnahmen bei den Versicherungsnehmern einfordern, besteht hier die Möglichkeit, die IT-Sicherheit in der Breite signifikant zu erhöhen, ohne weitere regulatorische Maßnahmen treffen zu müssen.

- Versicherungen, die Lösegeldzahlungen absichern, zu unterbinden.
- die steuerliche Absetzbarkeit von Ransomware-Lösegeldzahlungen (§ 33 EStG) abzuschaffen.
- Maßnahmen zu forcieren, die deutschen Unternehmen in Zukunft Methoden und Technologien bereitstellen, um an sie gestellte IT-Sicherheitsanforderungen effektiv und dennoch möglichst kostengünstig erfüllen zu können.
- öffentlichen Einrichtungen zu untersagen, Lösegeldzahlungen zu leisten und diese Grundsatzentscheidung auch öffentlich zu kommunizieren.

#### Begründung:

Erpressungstrojaner in Form sogenannter Ransomware sind in den letzten Jahren zu einer ernsthaften und dauerhaften Bedrohung für die deutsche und europäische Wirtschaft herangewachsen.

Eine [aktuelle Bitkom-Studie](#) beziffert den Schaden durch Daten-Diebstahl, Spionage und Sabotage für die deutsche Wirtschaft allein auf jährlich 223 Milliarden Euro - dies entspricht über 6% des gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukts für 2021 (3,57 Billionen EUR). Neun von zehn deutschen Unternehmen sind mittlerweile betroffen, und auch Behörden und kritische Infrastrukturen sind nicht vor Angriffen gefeit. Für einen Großteil der Schäden sei laut Studie Ransomware verantwortlich. Auch Datensicherungen helfen den Opfern mittlerweile nur noch bedingt, denn seit einiger Zeit kopieren Verbrecherbanden Daten, bevor sie sie verschlüsseln, und drohen den Opfern dann mit der öffentlichen Preisgabe vertraulicher Daten, sollte die geforderte Lösegeldzahlung ausbleiben.

Aufgrund dieser Problematik ist die Bereitschaft von Unternehmen, Lösegeldzahlungen zu tätigen, zuletzt stark gestiegen. Laut einer [aktuellen Studie des Sicherheitsdienstleisters Sophos](#)



zahlen rund 42% aller deutschen Unternehmen das geforderte Lösegeld, im Schnitt über EUR 250.000 - und dies trotz [gegenteiliger Empfehlungen von BSI und BKA](#). Vor dem Hintergrund der enormen Kosten für die Wiederaufnahme des Betriebs ohne Lösegeldzahlung (laut [Studie](#) im Schnitt ca. 1,6 Millionen EUR) verwundert diese Entscheidung wenig. Die Zahlung von Lösegeld ist für das einzelne Unternehmen nicht nur finanziell günstiger, sie lässt sich über sogenannte Cyber-Versicherungen mittlerweile auch recht bequem im Jahresbudget einplanen. Rund 80% der von Sophos befragten Unternehmen sind gegen Ransomware-Angriffe versichert. Ein Großteil der Versicherer zahlt hierbei neben Wiederherstellungsmaßnahmen [unter Umständen auch das geforderte Lösegeld](#), sofern sich hierdurch der Schaden für das Unternehmen minimieren lässt.

Lösegeldzahlungen sind jedoch bei Ransomware die Wurzel allen Übels: Ransomware ist seit Jahren ein stark organisiertes Verbrechen, das allein in Deutschland Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Wenn Opfer von Ransomware das geforderte Lösegeld nicht zahlen würden, dann würde dieses Geschäftsmodell im Keim erstickt. Umgekehrt hat jedoch die Zahlungsbereitschaft der Opfer dieses kriminelle Geschäftsmodell erst ermöglicht. Reinvestitionen der aktiven Verbrecherbanden haben dazu geführt, dass diese heute hoch professioneller vorgehen können und technisch und methodisch oft um Größenordnungen besser aufgestellt sind als die angegriffenen Unternehmen. Gewinne kommen hierbei in erster Linie Staaten zugute, die Deutschland eigentlich sanktioniert. Eine [aktuelle BBC-Studie](#) zeigt auf, dass 74% aller Ransomware-Lösegelder in 2021 an Verbrecherbanden in Russland gezahlt wurden. Diverse Medien haben wiederholt von starken Verbindungen des Kremls zu den betreffenden Verbrecherbanden berichtet. Lösegeldzahlungen schwächen somit das aktuelle EU-Embargo gegen Russland signifikant. Auch Nordkorea ist [direkt in Ransomwareangriffe verstrickt, stiehlt darüber hinaus aber auch regelmäßig entsprechende Kryptowährungen zur Finanzierung seines Atomraketenprogramms](#).

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass sich die Bereitschaft zu Lösegeldzahlungen mittlerweile für Deutschland zu einem massiven geostrategischen Risiko entwickelt hat, das nicht länger ignoriert werden darf. Lösegeldzahlungen stärken Deutschlands geopolitische Konkurrenten und schwächen die deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat, sie gefährden unsere kritische Infrastrukturen. Aber auch hier vor Ort setzen Lösegeldzahlungen falsche

Anreize, denn sie ermöglichen Unternehmen und Behörden einen vermeintlich einfachen Ausweg, der zwar kurzzeitig das Leid lindert, aber mittelfristig mehr Probleme verursacht als er löst: Anstatt in die Verbesserung ihrer IT-Sicherheit und ihrer Leistungsfähigkeit zu investieren, zahlen die Opfer Lösegeld und erhöhen somit die Wahrscheinlichkeit weiterer erfolgreicher Angriffe gegen sich selbst und andere. Das Nachsehen dabei haben insbesondere kleinere Unternehmen, die sich Lösegelder und Cyber-Versicherungen nicht leisten können und bei einem Angriff potenziell vor dem Ruin stehen.

Statt diese Milliarden an Euro jährlich dem organisierten Verbrechen und den Staaten, die diese Verbrecherbanden beheimaten, zukommen zu lassen, sollten diese Gelder vielmehr in IT-Sicherheit investiert werden, um somit einerseits die Hürden für weitere Angriffe zu erhöhen und andererseits die Finanzströme der Verbrecherbanden versiegen zu lassen.

*Grundlage für diesen Antrag ist der offene Brief „Lösegeldzahlungen bei Ransomware-Angriffen: ein geostrategisches Risiko“. Er wurde von zahlreichen Sicherheitsforscherinnen und -forschern als Appell an die Politik veröffentlicht und ist abrufbar unter [ransomletter.github.io](https://ransomletter.github.io).*

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 05

Seite 1 von 2

1 **BETR.:                   Holen wir den ÖPNV ins 21. Jahrhundert!**

2 **Antragsteller:       Kreisverband Lausitz**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Innovationsregion statt Abstellgleis**

5   Jahrelang wurden in unserem Land Strecken stillgelegt, abgerissen oder schlichtweg einfach nicht  
6   mehr befahren. Als Flächenland mit großem Potenzial für den individualisierten Personenverkehr  
7   fordern wir den Ausbau zur deutschlandweiten Mobilitätsmodellregion.

8   Unser Land kann mehr, insbesondere auf der Schiene. Strecken mit geringer Frequentierung oder  
9   schwacher Auslastung stehen immer wieder zur Disposition. Ebenfalls zeigten die letzten  
10   Monate, dass der Personalmangel vor allem auf den kleineren Strecken zu Zugausfällen führt.  
11   Deshalb brauchen wir dringend den Lückenschluss bei der Elektrifizierung aller Bahnstrecken im  
12   Land. Zudem müssen diese Strecken mittelfristig für autonom fahrende Züge ausgebaut werden.  
13   Langfristig sollen auch Zugstrecken, die über Landesgrenzen hinweg führen, autonom fahrend  
14   sein. Dies benötigt eine enge Absprache und Koordinierung mit unseren Nachbarländern.

15   Ein weiteres Projekt der Zukunft sind für uns photovoltaikbesetzte Strecken. Die Energiewende  
16   spielt sich auch auf unseren Schienen ab. Insbesondere in den ländlichen Regionen ergibt sich  
17   ein sehr großes Potenzial zur Energiegewinnung an den Bahnstrecken

18   Weiterhin müssen alle Landkreise durch neu gebaute sowie reaktivierte Strecken, besonders  
19   durch die Nord-Süd-Achse (Cottbus – Wittenberge) sowie Ost-West-Achse  
20   (Cottbus/Eisenhüttenstadt – Magdeburg), und einer höheren Frequentierung der Zugfahrten  
21   gestärkt werden, um den Individualverkehr zu entlasten und Langstreckenfahrten inklusive  
22   zeitnaher Anschlüsse länderübergreifend attraktiver zu gestalten. Gleichzeitig gilt für uns, dass  
23   ein Ausbau der Strecken samt höherer Frequentierung nur mit modernem Lärmschutz gedacht

☐ angenommen   ☐ abgelehnt   ☐ zurückgezogen   ☐ übernommen .....

☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

und realisiert werden darf. Dieses Gesamtpaket an Maßnahmen sorgt gleichzeitig dafür, dass das brandenburgische Streckennetz noch attraktiver für den Güterverkehr wird, was unsere Straßen nachhaltig entlastet.

Das im derzeitigen Koalitionsvertrag anvisierte Ziel der Erhöhung des Umweltverbunds auf 60 % bis 2030 kann so durch technologieoffene Innovationsprojekte eine Steigerung auf mindestens 75 % erreichen.

### **Bus und Bahn – Hand in Hand**

Gekoppelt an den Nah- und Fernverkehr fordern wir eine stärkere Zusammenarbeit der privaten und regionalbetriebenen Busunternehmen. Um die meisten Städte herum befinden sich Dörfer und kleinere Ortschaften, welche wenig bis gar nicht am ÖPNV und SPNV angeschlossen sind. Das Konzept der Plus-Busse muss in allen Fällen restrukturiert und neu überarbeitet werden. Ebenfalls muss es die Möglichkeit geben, auf ein stetes Angebot von Nacht- und Rufbussen zu jeder Tageszeit zurückgreifen zu können. Taxiunternehmen können in vielen Bereichen des Landes eine Versorgungslücke schließen, um die letzten Kilometer in den schlecht mit dem ÖPNV und SPNV vernetzten Gegenden des Landes zu schließen. Einheitskonzepte müssen vermieden werden und stattdessen sollte auf jede Region und jeden Landkreis individuell eingegangen werden.

### **Personaloffensive für ÖPNV und SPNV**

Ein leistungsfähiger ÖPNV und SPNV braucht gut ausgebildetes Personal. Es müssen Projekte und attraktive Programme zu Aus- und Weiterbildung oder dualen Studiengängen für den Personenverkehr geschaffen werden – sei es im oder außerhalb des Fahrersitzes. Wir fordern weiterhin eine massive Qualitätssteigerung bei den Arbeitsbedingungen (Pausengestaltung, Bus- und Haltestandorte, Aufenthaltsmöglichkeiten, Schichtbesetzung).

#### Begründung:

erfolgt mündlich

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 06

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Fachkräftemangel beheben – Pflegeausbildung reformieren**

2 **Antragsteller: LFA 3 (Soziales, Gesundheit, Integration & Verbraucherschutz)**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Eine gute Ausbildung, Aufstiegschancen, attraktive Arbeitsbedingungen und eine angemessene  
5 Bezahlung stellen Schlüsselpunkte für die Behebung des Fachkräftemangels im Pflegesektor  
6 dar. Ein einfacher Einstieg in den Pflegeberuf spielt dabei eine genauso wichtige Rolle wie  
7 stetige Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, um auch Pflegekräften im Beruf stets neue  
8 Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Pflege nicht als Karriere-Sackgasse zu verstehen.  
9 Hierfür wollen wir sowohl den Zugang zum Pflegeberuf, als auch die  
10 Qualifizierungsmöglichkeiten modular und bundeseinheitlich reformieren. Einen zentralen  
11 Bestandteil nimmt dabei die duale Ausbildung ein, welche um einfache Einstiegsmöglichkeiten  
12 sowie akademische Qualifikationsmöglichkeiten ergänzt wird. Grundsätzlich fordern wir daher:

- 13 • Eine stärkere Vernetzung theoretischer und praktischer Ausbildungsinhalte im  
14 Lehrplan.
- 15 • Die Verankerung der Pflegewissenschaften in der universitären Forschung und  
16 Lehre, angelehnt an die Medizin
- 17 • Die Lehr- und Forschungsinhalte dieser Lehrstühle und Institute sollen sich dabei  
18 im Rahmen der Freiheit von Forschung und Lehre an den Bedürfnissen der Pflege  
19 orientieren.
- 20 • Die Einrichtung einer bundesweiten Pflegekammer sowie die Einrichtung von  
21 Pflegekammern in den Ländern, um als Selbstverwaltungsorgan der Pflegenden  
22 zu fungieren. Eine zentrale Aufgabe der Pflegekammer ist dabei die Festlegung

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....

☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

von Ausbildungsstandards sowie die Vertretung z.B. im gemeinsamen  
Bundesausschuss.

- Zuwanderung ist essentiell für die Zukunft der Pflege. Aus diesem Grund braucht es eine Anwerbungsoffensive für Fachkräfte und potentielle Auszubildende. Dafür muss die insgesamt Einwanderungspolitik, im Sinne des "Zwei-Säulen Systems" der FDP, reformiert werden. Die Anerkennung von Pflegeabschlüssen aus dem Ausland muss vereinfacht werden. Die Sprachförderung muss auf die entsprechenden Berufsbilder angepasst werden.

Um den Pflegeberuf sowohl niederschwellig zu öffnen, aber auch gleichzeitig, im Sinne des lebenslangen Lernens, Aufstiegs- und Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen, fordern wir die Qualifikationsstufen im Pflegebereich künftig bundeseinheitlich wie folgt zu gliedern (eine genaue Ausgestaltung obliegt dann der Pflegekammer im Rahmen der Selbstverwaltung):

#### *1. Stufe: Pflegehelfer (kurzfristige Ausbildung)*

Pflegehelfer sollen künftig zur Schaffung von Mindeststandards für die pflegerische Versorgung, eine Ausbildung von 3-monatiger Dauer durchlaufen. Diese Ausbildung soll nach Möglichkeit auch Berufs- /Praktikumsbegleitend ermöglicht werden. Aushilfskräfte auf Stationen, die die Pflegekräfte abseits der pflegerischen Tätigkeiten unterstützen, sollen weiterhin erhalten bleiben, aber eine andere Berufsbezeichnung (z.B. Stationshilfe) erhalten, die sie von der eigentlichen Krankenpflege abgrenzt.

#### *2. Stufe: Examierte Pflegekraft (3-jährige Ausbildung in Vollzeit)*

Wir halten an der dualen Ausbildung zur examinierten Pflegekraft fest. Zur Erreichung soll weiterhin wie im bisherigen System eine dreijährige Ausbildung mit staatlicher Prüfung (Staatsexamen) stattfinden.

#### *3. Stufe: Spezialisierung*

##### *3.1 Fachpfleger*

Fachpfleger stellen eine Qualifikation analog zum Meisterabschluss dar und sollen künftig eine fachliche Vertiefung ermöglichen. So kann sich eine Pflegekraft in einem durch die Kammern festgelegtes Prüfungsprofil beispielsweise für die Intensivpflege, Palliativpflege oder als Hygienefachkraft qualifizieren und somit ihrem individuellen Werdegang neue Wege ermöglichen.

### *3.2 Master in Pflegewissenschaften*

Der Master in Pflegewissenschaften soll als berufsbegleitender Studiengang sowie als Vollzeit-Studiengang etabliert werden und ein wissenschaftliches Studium im Bereich der Pflegewissenschaften nach bereits erfolgter Berufserfahrung ermöglichen. Vergleichbar wäre dieser Master z.B. mit dem MBA oder ähnlichen Abschlüssen. Hierbei werden sowohl pflegewissenschaftliche Kompetenzen im Pflegesystem aufgebaut, als auch Führungs- und Leitungspersonal ausgebildet.

### *4. Stufe: Fachpfleger mit arzttähnlichen Befähigungen*

Der Fachpfleger mit arzttähnlichen Befähigungen bildet künftig eine Schnittstelle zwischen Krankenpflege und Ärzten und dient auch dazu, mehr gegenseitiges Verständnis und Respekt für die jeweiligen Tätigkeiten zu ermöglichen. Der Ausbildungsgang soll dabei ein tiefgehendes Verständnis der gängigen Krankheitsbilder und sowohl ärztlicher als auch pflegerischer Behandlungswege vermitteln und soll berufsbegleitend erfolgen. Weiterhin sollen die Fachkräfte hier zum selbstständigen Durchführen einzelner, vormals ärztlicher Aufgaben befähigt werden, die die pflegerische Situation des Gepflegten akut verbessern können. Dies bietet insbesondere viele Chancen im ambulanten Sektor, oder auf Stationen, wo oftmals nicht sofort ein Arzt zu Verfügung steht

#### Begründung:

Begründung erfolgt mündlich

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 07

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Die Jugend von heute will Politik mitgestalten!**

2 **Antragsteller: Kreisverband Lausitz**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Die FDP Brandenburg steht für eine Politik, die die Bedürfnisse und Interessen von jungen  
5 Menschen beachtet und einbezieht. Insbesondere in der Stadt- und Kommunalpolitik ist die  
6 Stimme kommender Generationen von großer Bedeutung.

7 Es braucht eine rechtliche Definition des Begriffs „Jugendbeteiligung“ bzw. „Jugendvertretung“  
8 und ein umfassendes Neu - Denken im politischen Umgang mit Jugendlichen.

9 Nach baden-württembergischem Vorbild fordern wir eine Ergänzung des § 18a: „Beteiligung  
10 und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ in der Brandenburger Gemeindeordnung (GO)  
11 und Landkreisordnung (LKO) durch:

12 Nach baden-württembergischem Vorbild fordern wir eine Ergänzung des § 18a: „Beteiligung  
13 und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ in der Brandenburger Gemeindeordnung (GO)  
14 und Landkreisordnung (LKO) durch:

15 (6) Wird eine Jugendvertretung auf Initiative der Stadt bzw. Gemeinde gegründet, sind  
16 Jugendliche an dem Prozess zu beteiligen. Insbesondere kann die Gemeinde ein  
17 Jugendparlament einrichten.

18 (7) In der Geschäftsordnung ist die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den  
19 Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein  
20 Rederecht, ein Anhörungsrecht, ein Informations- bzw. Anfragerecht und ein Antragsrecht  
21 vorzusehen.

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....



(8) Der Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis zu führen.“

Entsprechende Formulierungen sind durch die Landesregierung zu prüfen und in die Brandenburger Kommunalverfassung zu integrieren.

Die strukturellen Formen der Beteiligung junger Menschen sind vielfältig. Mittelfristig soll sich das bewährte Konzept des Jugendparlamentes durchsetzen, welches eine umfassende Interessenvertretung garantiert. Als Aufgabenträger für den Übergang verschiedener Beteiligungsformen zum Jugendparlament sehen wir das “Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg” welches seit Ergänzung des § 18a Jugendvertretungen im Land Brandenburg untereinander vernetzt und unterstützt. Zukünftig soll das Kompetenzzentrum beim Aufbau neuer Strukturen der Jugendbeteiligung unterstützend und beratend aktiv werden und die flächendeckende Umsetzung der Pflicht der Schaffung von Jugendbeteiligungsmöglichkeiten zu kontrollieren. Sollten sich Gemeinden bzw. Städte weigern konkrete Jugendbeteiligungsmöglichkeiten (z.B. ein Jugendparlament) zu etablieren, muss das Land Brandenburg weisend aktiv werden.

Wir halten es für unabdingbar, dass es in den größten Städten Brandenburgs Jugendparlamente geben muss. Ab einer Größe von 25.000 Einwohnern, ist die Stadt verpflichtet, ein Jugendparlament zu beauftragen. Der Aufbau - Prozess hat unter Beteiligung der Stadt und Jugendlichen zu gleichen Teilen zu geschehen. Dem Jugendparlament sind dabei genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, dabei soll das Mindestbudget bei 5000 € liegen. Es ist dabei von großer Bedeutung, dass den Jugendlichen möglichst viel politischer Spielraum für Eigeninitiative und Selbstständigkeit gelassen wird.

Wir halten es für unabdingbar, dass es in den größten Städten Brandenburgs Jugendparlamente geben muss. Ab einer Größe von 25.000 Einwohnern, ist die Stadt verpflichtet, ein Jugendparlament zu beauftragen. Der Aufbau - Prozess hat unter Beteiligung der Stadt und Jugendlichen zu gleichen Teilen zu geschehen. Dem Jugendparlament sind dabei genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, dabei soll das Mindestbudget bei 5000 € liegen. Es

ist dabei von großer Bedeutung, dass den Jugendlichen möglichst viel politischer Spielraum für Eigeninitiative und Selbstständigkeit gelassen wird.

Begründung:

Mit der Aufnahme des §18a in die Brandenburger Kommunalverfassung im Juni 2018 hat das Land Brandenburg die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen umfassend geregelt. Brandenburger Kommunen sind zukünftig verpflichtet, Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Interessen berühren und entsprechende Möglichkeiten der Umsetzung zu etablieren.

Rückblickend konnten sich nicht ausreichend feste Strukturen der Jugendbeteiligung entwickeln. Mit etwa 40 Kinder- und Jugendgremien auf 416 politisch eigenständige Städte und Gemeinden (Stand: 2021) liegt Brandenburg im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land weiter aufholt.

# 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

## Antrag Nr. 08

Seite 1 von 1

1 **BETR.: Historische Einordnung des russischen Angriffskrieges in der**  
2 **Ukraine in den Unterricht bringen**

3 **Antragsteller: Kreisverband Potsdam**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 Die Freien Demokraten Brandenburg verurteilen den brutalen Angriffskrieg Russlands auf das  
6 Schärfste, stehen an der Seite der Ukraine und unterstützen die Bemühungen der  
7 Bundesregierung sowie unserer europäischen und internationalen Verbündeten, dem  
8 ukrainischen Volk beizustehen.

9 Die Geschehnisse sind in hohem Maße komplex. Besonders Lehrkräfte stellt dies bei der  
10 Thematisierung in der Schule vor enorme Herausforderungen, weswegen die Thematik im  
11 Unterricht oft nur unzureichend behandelt wird. Um die Geschehnisse jedoch einordnen und  
12 mündig reflektieren zu können, bedarf es insbesondere auch einer hinreichenden historischen  
13 Einordnung des Krieges.

14 Daher fordern wir, dass der Krieg in der Ukraine in den Unterrichtsfächern Politische Bildung  
15 und Geschichte sowie fächerübergreifend mit verwandten Querschnittsthemen verstärkt  
16 thematisiert wird. Zudem soll die historische Einordnung des Krieges, der Ukraine sowie  
17 Osteuropas verpflichtender Bestandteil des Rahmenlehrplanes an weiterführenden Schulen in  
18 Brandenburg werden. Dazu fordern wir, dass das Land Brandenburg die Rahmenlehrpläne  
19 anpasst und für den kurz- und mittelfristigen Gegenstand im Unterricht geeignetes  
20 Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellt.

21 Begründung:

22 erfolgt mündlich

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 09

Seite 1 von 2

**BETR.: Keine Grundsteuererhöhung – Aufkommensneutralität bei  
der Grundsteuerreform in allen Gemeinden Brandenburgs!**

**Antragsteller: Landesfachausschuss 5 (Finanzen, Steuern und Haushalt)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

1. Die FDP Brandenburg appelliert an die Gemeinden des Landes, die Reform der Grundsteuer so umzusetzen, dass sie aufkommensneutral ausfällt.
2. Sie fordert die FDP-Mitglieder in den Gemeindevertretungen auf, auf eine aufkommensneutrale Anpassung der Hebesätze bei der Grundsteuer hinzuwirken.

**Begründung:**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. April 2018 (1 BvL 11/14) entschieden, dass die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Im Rahmen der nun initiierten Grundsteuerreform müssen die ca. 36.000.000 Werte aller betroffenen Grundstücke auf der Basis der neuen Regelungen neu ermittelt werden.

Bis zum 31. Oktober 2022 sind alle Grundstückseigentümer daher verpflichtet, die Daten zur Ermittlung des neuen Grundsteuermessbetrages an die Finanzämter zu übermitteln. Durch die Neuberechnung der Grundsteuerbemessungsgrundlage, die künftig insbesondere vom Wert der Grundstücke abhängt, wird es zwangsläufig zu Veränderungen bei der Grundsteuer für die einzelnen Grundstückseigentümer kommen. Es ist davon auszugehen, dass in Folge der erheblichen Wertsteigerungen bei Immobilien viele Grundstücke künftig mit einem höheren Wert als dem bisherigen Einheitswert angesetzt werden.

Würden die Gemeinden ihre heutigen Hebesätze beibehalten, müssten viele Brandenburgerinnen und Brandenburger künftig deutlich mehr Grundsteuer zahlen – sowohl

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

23 Mieterinnen und Mieter als auch selbstnutzende Eigentümer. Das Steueraufkommen aus der  
24 Grundsteuer, die als Gemeindesteuer den Gemeinden unmittelbar zufließt, würde insgesamt  
25 kräftig ansteigen.

26 In Zeiten von belasteten Kommunalhaushalten besteht die Gefahr, dass Gemeinden die  
27 Grundsteuerreform als Möglichkeit sehen, ihr Steueraufkommen zu erhöhen. Zwar ist für die  
28 FDP Brandenburg das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ein hohes Gut, wozu auch das  
29 Recht der Kommunen gehört, nach Maßgabe der Gesetze eigene Steuern zu erheben. Die  
30 Gemeinden sollten bei ihren steuerpolitischen Entscheidungen aber auch bedenken, dass die  
31 finanziellen Belastungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger in Zukunft in eine derzeit  
32 noch nicht absehbare Höhe steigen werden, was auch kommunalpolitische Auswirkungen  
33 zeitigen wird.

34 Politiker aller demokratischen Parteien im Bundestag versicherten immer wieder, dass die  
35 Neubemessung der Grundstückswerte nicht zu einer Steuererhöhung führen dürfe. Dieses Ziel  
36 ist jedoch nur zu erreichen, wenn sich die Gemeinden hier kooperativ zeigen und ihren über das  
37 Hebesatzrecht bestehenden Einfluss nicht für eine Erhöhung der Grundsteuer nutzen, sondern  
38 nach der Festsetzung der Grundsteuermessbeträge die Hebesätze so anpassen, dass die  
39 Grundsteuerreform in der einzelnen Gemeinde aufkommensneutral bleibt.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 10

Seite 1 von 2

1 **BETR.: PCK Schwedt: Kurz- und mittelfristige Perspektiven schaffen**

2 **Antragsteller: Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Die brandenburgische Raffinerie Schwedt versorgt weite Teile Ostdeutschlands und unser  
5 Nachbarland Polen. Momentan wird die Raffinerie fast ausschließlich von der russischen  
6 Pipeline „Druschba“ versorgt. Es stehen rund 1200 Arbeitsplätze direkt und weitere 2000  
7 Arbeitsplätze indirekt in Verbindung mit der Schwedter Raffinerie. Die Raffinerie befindet sich  
8 mehrheitlich im Besitz des russischen Staatskonzerns Rosneft.

9 Durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Bundesregierung  
10 und mehrere europäische Partner ein Embargo auf russische Öl-Importe beschlossen.

11 **Viele Menschen, Familien und Firmen in der Region Schwedt sind nun in ihrer**  
12 **wirtschaftlichen Existenz bedroht. Wir fordern deshalb kurz- und mittelfristige Maßnahmen**  
13 **vom Land Brandenburg, um deren Existenz zu sichern.**

14 *Kurzfristige Handlungspunkte:*

15 **Oberste Priorität hat die Aufrechterhaltung der Versorgung der Region mit bezahlbarer**  
16 **Energie und die Sicherung der betroffenen Arbeitsplätze.** Unsicherheiten über die Versorgung  
17 und den Betrieb der Raffinerie sind zu vermeiden. Besonders in den Wintermonaten muss es  
18 eine Garantie geben, dass Schwedt über die Schiene versorgt wird. Bis zum Ende der  
19 Energiekrise sind die Mehrkosten vom Bund zu tragen, damit der Standort erhalten bleibt. Mit  
20 der Zustimmung des Bundestages zur Reform des Energiesicherungsgesetzes von 1975 wurde  
21 ein unabdingbares Signal gesetzt. Dies darf jedoch nur der erste Schritt sein. Die Rosneft GmbH  
22 kann durch ihre direkten Verbindungen zum Russischen Staat nicht mehr als zuverlässiger  
23 Gesellschafter gehandhabt werden. Eine Finanzierung des russischen Staates kann nicht

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....

☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

akzeptiert werden. **Die Rosneft GmbH muss mit sofortiger Wirkung von ihrer Verantwortung über die Raffinerie Schwedt befreit werden.** In Anbetracht der aktuellen Situation halten wir es für notwendig, die Raffinerie in Schwedt als systemrelevante Infrastruktur langfristig als staatliches Eigentum zu behalten. Dies soll der Sicherstellung der Versorgung im Raum Berlin und Brandenburg dienen. Wir wollen den Betrieb der Raffinerie durch ein privates Betreibermodell und damit verbundener, privatwirtschaftlicher Expertise gewährleisten. Es sollen unverzüglich Verhandlungen über eine neue private Betreiberstruktur beginnen. Hierbei muss auf maximale Versorgungssicherheit und größtmögliche Diversifizierung der Rohstoffquellen geachtet werden. Einen vom Staat geführten, operativen Betrieb der Raffinerie lehnen wir grundsätzlich ab.

*Mittelfristige Handlungspunkte:*

**Mittelfristig bedarf es einer Neuorientierung des Werkes,** weg von einer Abhängigkeit von fremden Staatskonzernen. Hierbei ist ergebnisoffen an alle Optionen heranzutreten. In einer Kooperation mit dem bereits verbundenen Hafen Rostock besteht beispielsweise die Möglichkeit, dass das PCK-Werk hin zu nachhaltigen Raffinerieprozessen entwickelt wird. Dies kann die Verarbeitung von Wasserstoff einschließen. Es ist essentiell, die Betroffenen vor Ort und **unsere europäischen Partner, insbesondere Polen, in den Prozess der Neuausrichtung miteinzubeziehen.** Aus Schwedt werden auch weite Teile Westpolens beliefert, sodass Umstrukturierungen nicht nur deutsche Betriebe und Haushalte betreffen. Weiterhin mit Russland zu handeln, stellt nicht nur ein Versorgungsrisiko dar, sondern finanziert auch russische Militärausgaben. Deshalb halten wir ein Embargo auf russische Rohstoffe für richtig. **Die von den westlichen Partnern beschlossenen Maßnahmen zu einem Ölembargo sind zeitnah umzusetzen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 11

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Brandenburgs Wälder fit für die Zukunft machen**

2 **Antragsteller: Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 In Brandenburg betragen die Waldflächen über 1,1 Millionen Hektar. Dies entspricht 37 Prozent  
5 der Landesfläche. Die überwiegend anzutreffende Baumart mit über 70 Prozent der  
6 Waldflächen ist die Kiefer. Aufgrund von Schädlingen, Bränden, Stürmen, Wassermangel und  
7 Hitze in direkter Folge des Klimawandels ist die Vitalität der Bäume erheblich eingeschränkt. Ein  
8 Verlust dieser höchst relevanten CO<sub>2</sub>-Speicher treibe die Durchschnittstemperatur weiter in die  
9 Höhe. Seit 2019 sind etwa 8.000 Hektar Kahlf Flächen als Resultat von Schadereignissen  
10 entstanden und auch die Absterberate ist mit über 1 Prozent seit 2019 überdurchschnittlich  
11 hoch.

12 **Abgestorbene Baumbestände zu erneuern und den Waldumbau voranzutreiben, ist eine**  
13 **Herausforderung, vor der Waldbesitzer und Förster stehen. Um eine umweltverträgliche und**  
14 **klimaangepasste Waldentwicklung zu gewährleisten, ohne den wirtschaftlichen Nutzen zu**  
15 **vernachlässigen, fordern wir:**

16 Um das Waldbrandrisiko zu senken, muss die Dominanz von Nadelbaumplantagen gebrochen  
17 werden. Eine Umstrukturierung auf ursprüngliche und trotzdem heimische Baum- und  
18 Buscharten führt zu einer widerstandsfähigen Mischkultur. Deswegen ist es geboten, diese  
19 flächendeckend umzusetzen, sodass der künftige Wald deutlich ausgewogener und  
20 klimaresistenter wird. Das Aufbrechen von eng stehenden Kieferkulturen und Erweiterung von  
21 Mischarten ist bereits ausreichend, um nachhaltige Resistenz zu schaffen. Wichtig ist für uns  
22 auch, zu prüfen, inwieweit Laubbäume aus südlichen Regionen Europas in unseren Wäldern  
23 angepflanzt werden können, die resistenter bei Wassermangel und Hitze sind und somit einen  
24 langfristigen Positiveffekt gewährleisten. Die Eigentumsverhältnisse von Wäldern sollen

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....



unverändert bleiben. Wälder in Privatbesitz sind in Verantwortung des Eigentümers umzubauen.

Es müssen deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Kampfmittel in Brandenburgs Wäldern zu orten und zu beseitigen, damit mögliche Brandursachen reduziert werden. Die Feuerwehren müssen materiell und personell besser ausgestattet werden. Zudem ist mehr spezialisiertes Personal im Bereich der Waldbrandbekämpfung notwendig.

In Wäldern sind mehr Strukturen vonnöten, die das Mikroklima und den Boden kühlen, sowie die Wasserrückhaltung verbessern. Totholz, das sich zersetzt und Humus bildet, gehört dazu und stellt eine relevante Chance für die zukünftige Bodenentwicklung dar.

Die bisherigen Bemühungen der Brandenburger Landesregierung, den Zustand des Waldes zu verbessern, versanden nicht zuletzt durch unterschiedlichste Eigentumsformen und das undurchsichtige Umsetzen von Maßnahmen. Deshalb laufen die bisherigen Förderprogramme ins Leere und werden kaum flächendeckend genutzt. Deshalb ist es keinesfalls nötig, weitere Programme ins Leben zu rufen, sondern diese erst einmal durch Entbürokratisierung zugänglicher zu machen. Die Landesforstverwaltung steht damit auch in der Pflicht, aktuelle Strategien offener zu kommunizieren und mit den Gruppen und Verbänden vor Ort zusammenzuarbeiten, die sich mit den lokalen Wäldern am besten auskennen und so für ein gemeinsames und freiheitliches Konzept des Waldes und dessen Entwicklung eintreten können. Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und damit auch Kleinprivatwälder wollen wir stärken.

Etwa 15.000 Menschen arbeiten in Brandenburg in der Forstwirtschaft, die größtenteils durch die Rohholzproduktion Umsätze erzielt. Es gilt Spielräume zwischen einer optimalen Baumartenmischung und gewinnorientierter Bewirtschaftung zu nutzen, sodass auch die Industrie ihren Beitrag zum nachhaltigen Erhalt leistet. Hierzu zählen die Neugestaltung von Waldrändern mit Büschen und Sträuchern und natürliche Verjüngung, die in Bewirtschaftungspausen eingebaut werden kann. Zunehmende Bewirtschaftungseinschränkungen und Stilllegungen von Wäldern lehnen wir ab, genau wie den Bau von Windkraftanlagen in intakten Waldgebieten.

52 Junge Laubbäume sind eine beliebte Nahrungsquelle von Rotwild. Die hohe Rotwildpopulation  
53 in den Wäldern Brandenburgs erschwert den Waldbesitzern die Diversifizierung der Baumarten.  
54 Eine intensivere Jagd führt lokal zur schnelleren Entwicklung von Laubbäumen, daher sollte  
55 eine stärkere Bejagung vordergründig in den stark gefährdeten Kiefermonokulturen einen  
56 Effekt erzielen.

57 Begründung:

58 Erfolgt mündlich.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 12

Seite 1 von 3

**BETR.: Zeitenwende in Brandenburgs Energiepolitik**

**Antragsteller: Junge Liberale Brandenburg,  
Landesfachausschuss 8 (Energie, Umwelt & Klimaschutz)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die aktuelle Gestaltung des Energiemixes in Deutschland gibt Anlass zur Sorge. Zum einen sind die Strompreise in Deutschland so hoch wie in keinem anderen europäischen Land. Zum anderen sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Energiemix vergleichbarer Länder wesentlich geringer, was am rückläufigen Beitrag von Kernenergie zum deutschen Energiemix, insbesondere aber am hohen Anteil von Kohleverstromung gepaart mit der über die letzten Jahre stark rückläufige Ausbaugeschwindigkeit bei erneuerbaren Energien liegt.

Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass auf Russland kein Verlass ist, wenn es um die Versorgungssicherheit Deutschlands geht. An Alternativen für die Energieerzeugung muss deswegen technologieoffen gedacht werden. Die Kernenergie kann eine Gelegenheit bieten, den deutschen Energiemix unabhängiger und vor allem vielfältiger zu machen, sodass im Falle eines Krieges oder von Sanktionen keine Gefahr für die Versorgungssicherheit besteht. Es muss anerkannt werden, dass geostrategische Aspekte und energiepolitische Autarkie in den Planungen der Zeitenwende kaum beachtet wurden.

Es bedarf einer Vision eines Energiemarktes, welcher auf einem möglichst subventionsfreien Wettbewerb aller Energieträger unter der Berücksichtigung der konsequenten Anwendung des Emissionszertifikatehandels beruht. Dazu zählt für uns auch eine faire Chance für die Kernenergie. Gerade unter dem Leitsatz eines mittelfristig europäisch ausgerichteten Energiemarktes sollte Deutschland mithilfe eines Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie eines Kompetenzerhalts bei der Kernenergie dafür sorgen, dass die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Energieproduktion sich enorm verbessert, um die nationalen und internationalen Klimaziele besser erfüllen zu können.

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

Generell sollte sich die Gestaltung unseres Energiemixes konsequent an drei Hauptzielen orientieren: europäische Autarkie und Versorgungssicherheit, Klimaneutralität und Bezahlbarkeit.

Vor allem die enormen technischen Innovationen der Kernenergie bestärken die Idee, diesen Energieträger als Optionsmöglichkeit weiterhin anzuerkennen. Sogenannte Laufwellenreaktoren oder „Mini-Reaktoren“ können radioaktive Abfälle nahezu komplett nutzen und erreichen höhere Energieeffizienten als vergangene Kernenergie-Generationen. Durch politische Weichenstellungen der Vergangenheit droht zudem eine enorme Wissens-Abwanderung im Bereich der kerntechnischen Forschung und Entwicklung. Auch diesen Verlust gilt es abzufedern und mittelfristig wieder an Fachkräften zu gewinnen.

Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es konkreter Handlungen:

Da die Debatte rund um die Kernenergie in besonderem Maße von Emotionalität und gefühlten Fakten dominiert wird, werden vermehrte Investitionen in Hochschul-Kommunikatoren wichtig, welche die wissenschaftliche Arbeit von Lehrstühlen im Bereich der Kernenergie aufbereiten und besser nach Außen transportieren können. Die wenigen Lehrstühle zur Kernenergie und nuklearen Sicherheit müssen in Deutschland erhalten und mittelfristig ausgeweitet werden. Dazu sollen verstärkt Fördergelder investiert werden. Zudem möchten wir einen **Lehrstuhl als Schwerpunkt-Forschungszentrum** ausweiten, um dem Forschungsstandort mehr Aufmerksamkeit, eine bessere Finanzierung und beste Ausstattung zu ermöglichen. Denkbar wäre dies an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

**Die überhasteten Abschaltungen der Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sind falsch.** Gerade vor dem aktuellen Hintergrund, Rohstoffimporte aus Russland möglichst sofort stoppen zu können, sollen bestehende Kernkraftwerke ihren Beitrag leisten dürfen. Die Freien Demokraten Brandenburg fordern daher, die Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen drei Kernreaktoren in Deutschland temporär zu verlängern, wobei selbstverständlich sämtliche Sicherheitsanforderungen zu erfüllen sind. Weiterhin wird deshalb für einen kompletten Neustart der deutschen Kernkraftpolitik aus.

**Wir befürworten die Errichtung von Forschungsreaktoren der neuesten Generation in Brandenburg.** Neue Technologien wie beispielsweise Flüssigsalzreaktoren, schnelle Brüter und explizit auch Thoriumreaktoren sollen eine wirtschaftliche Zukunft in Deutschland bekommen. Durch die Eigenschaft der passiven Moderation (Kontrolle der Strahlungskraft) von Flüssigsalzreaktoren schließt ein Überhitzen von Grund auf aus. Besonders als Nachfolge für ehemalige Kohlekraft-Regionen ist dies eine Chance zur Revitalisierung.

**Die Endlagerfrage muss auf die europäische Ebene gehoben werden.** Bis Ende 2025 soll dazu eine Kommission Mindeststandards für langfristige Zwischenlager (bis zu 250 Jahren Lagerdauer) und Endlager definieren. Ausdrücklich soll vom Prinzip der Nichtrückholbarkeit abgewichen werden. Eine irreversible Einbringung der Abfälle in tiefe geologische Formationen ist weder zeitgemäß noch nachhaltig

**Bis 2030 sollen auf europäischer Ebene Standorte für langfristige Zwischenlager gefunden sein.** Die Finanzierung dieser Suche soll aus einem europäischen Fördertopf gelingen und die Menge von radioaktiven Abfall und Reaktoren jedes Mitgliedstaats berücksichtigen. Bis 2035 soll auch die europäische Suche nach Endlagern abgeschlossen sein. Die anschließende Bezahlung des Transports von radioaktiven Abfällen sowie den Endlagerungskosten obliegt hingegen den jeweiligen Kraftwerksbetreibern. Großes Potenzial besteht hierbei auch in der Transmutationstechnologie und der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff, weshalb die Unterstützung der Forschung hierbei zu befürworten ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 13

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Brandenburgs öffentlichen Verkehr zukunftsfähig machen!**

2 **Antragsteller: Junge Liberale Brandenburg,**  
3 **Landesfachausschuss 7 (Bauen, Wohnen, Infrastruktur &**  
4 **Verkehr)**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Öffentlicher Verkehr muss attraktiv werden. Dass sich die Netzinfrastruktur des Landes  
7 Brandenburgs in einem desaströsen Zustand befindet, ist kein Geheimnis. Der ÖPNV ist seit  
8 Jahren auf Grund von z.B. Bauarbeiten und Personalmangel überlastet. Darüber hinaus sind  
9 auch Preissubventionen keine dauerhafte Lösung. Solche kurzfristigen Maßnahmen  
10 beanspruchen Finanzmittel, ohne einen langfristigen Mehrwert bereitzustellen.

11 Vielmehr braucht es Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur und weitreichende  
12 Veränderungen in der Verkehrspolitik, um das Land zukunftsfähig zu machen. Hierzu schlagen  
13 die Freien Demokraten konkrete Handlungspunkte zum Ausbau der Netzinfrastruktur vor:

14 Was für Großstädte wie Berlin längst Normalität ist, muss nun auch in die ländlichen Regionen  
15 vordringen. Es ist darauf zu achten, dass bei der Erstellung neuer Bahnnetze zukunftsgerichtet  
16 gedacht wird. **Langfristig ist ein schienengebundener ÖPNV-Ring, um das Land Berlin zu**  
17 **planen.** Zudem muss die Reaktivierung bereits vorhandener, aber stillgelegter Trassen evaluiert  
18 werden. Das Land Brandenburg darf sich nicht auf veraltete Züge versteifen, sondern muss sich  
19 dafür einsetzen, Brandenburg zu einer Modellregion neuer Verbindungsarten zu machen.

20 Neubauten und Instandsetzungen von Strecken sollen zukünftig immer unter der Maßgabe  
21 erfolgen, auch für autonom fahrende Züge geeignet zu sein. Strecken im Regionalverkehr sollen  
22 auf eine mögliche Höchstgeschwindigkeit von mindestens 160 km/h ausgebaut werden, um  
23 Fahrtzeiten in der Fläche zu verkürzen. Zudem muss eine vollständige Elektrifizierung aller im  
24 Personenverkehr genutzter Gleisabschnitte sowie die Digitalisierung aller Stellwerke

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

schnellstmöglich realisiert werden. Auf den Haupttangenten soll innerhalb der Grenzen Brandenburgs tagsüber mindestens ein 30-Minuten-Takt und nachts ein Stundentakt bestehen. Außerdem soll tagsüber ein Stundentakt auf allen anderen Regionalstrecken gewährleistet werden.

Der Güterverkehr auf der Schiene ist ein wichtiger Schlüssel für eine klimafreundliche Verkehrspolitik. Die Attraktivität gegenüber dem LKW-Transport muss wieder zunehmen. Wir fordern daher, **bei allen Instandsetzungsarbeiten auf den Haupttangenten den Ausbau der Streckenkapazität für Güterzüge** zu prüfen. Ziel ist hierbei auch, den Schienenpersonennahverkehr weniger Verspätungsanfällig zu machen, weil konkurrierende Güterzüge dasselbe Gleis nutzen. Ergänzend muss das Potential eines Schienenanschlusses vor allem für Unternehmen in Brandenburg ansprechender werden. Reaktivierungen vorhandener Gleise müssen deutlich häufiger in zukünftige Landesnahverkehrspläne eingearbeitet werden.

Überlandverbindungen dürfen in Zukunft nicht mehr an Kreis-, Länder- und Staatsgrenzen Halt machen. Um den Zugverkehr auch zwischen größeren Städten und Regionen weiter auszubauen, wollen wir **private Wettbewerber neben der Deutschen Bahn weiter stärken**, indem wir die Deutsche Bahn auch materiell privatisieren. Dennoch fordern wir ein einheitliches Tarifsysteem, welches einer übergeordneten Institution zugewiesen ist, um die Nutzung des ÖPNVs weniger komplex zu gestalten. Allein die eigentliche Leistungserstellung soll zukünftig durch Ausschreibungen wettbewerblich geregelt werden. Bei der Vergabe der Strecken für den Schienenpersonennahverkehr soll ab 2025 die Voraussetzung sein, dass kein Wagenmaterial eingesetzt wird, das mittels fossiler Brennstoffe betrieben wird.

Brandenburg ist an vielen Stellen eng mit Polen verbunden. Infrastruktur muss daher auch länderübergreifend betrachtet werden. Täglich pendeln zehntausende Menschen über die deutsch-polnische Grenze. Wir fordern daher **Schnellverbindungen von und nach Polen**. Hierbei soll die Reisedauer von der Grenze bis in den Berliner Ballungsraum auf maximal eine Stunde Fahrzeit reduziert werden. Dies beinhaltet auch die Sicherstellung eines angemessenen Angebotes in der Nacht. In Kooperation mit den polnischen Behörden müssen die bestehenden Grenzverbindungen geprüft und falls notwendig erneuert oder neu gebaut werden.

- 53 Brandenburg muss ebenfalls die Situation der Taxen am BER klären: Statt starrer  
54 Lizenzverhandlungen braucht es eine flexiblere „Tarifzone BER“. Darin sollen Taxen aus Berlin  
55 und Brandenburg gleichberechtigt agieren und abwechselnd vorgehen. Eine bürokratisch  
56 bedingte Einschränkung der Beförderung Reisender ist nicht sinnvoll.
- 57 Begründung:
- 58 Erfolgt mündlich.



## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 14

Seite 1 von 4

**BETR.: Einführung einer Übergewinnsteuer**

**Antragsteller: Regionalverband Müggelspree**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Freien Demokraten in Brandenburg fordern die FDP-Mitglieder der Bundesregierung und die FDP-Bundestagsabgeordneten auf darauf hinzuwirken, dass befristet für die Jahre 2022 und 2023 eine Sonderabgabe erhoben wird, mit der die im Energiesektor entstandenen krisenbedingten Übergewinne abgeschöpft und die so für die öffentlichen Haushalte gewonnenen Einnahmen der Finanzierung staatlicher Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung und die Unternehmen zugeführt werden können.

Begründung:

1. Ausgangslage

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt - neben der verheerenden Lage der Bevölkerung in der Ukraine - zu gravierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten. Der damit einhergehende Preisanstieg bei Lebensmitteln und Energie mindert die private Kaufkraft und trifft vor allem sozial schwache Bevölkerungsgruppen sowie eine Vielzahl von Unternehmen.

Zugleich war während der krisenhaften Entwicklungen in Folge des Krieges Russlands gegen die Ukraine zu beobachten, dass Konzerne der Energiebranche in einem hohen Maß ihre Gewinne gegenüber dem Vorkrisenniveau steigern konnten.

Dabei sind diese Gewinnsteigerungen nicht Resultat verstärkten wirtschaftlichen

☐ angenommen    ☐ abgelehnt    ☐ zurückgezogen    ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

Handelns oder von Investitionen, sondern resultieren allein aus den Verwerfungen am Markt in Folge des Krieges und der oligopolistischen Stellung der Unternehmen am Markt.

## 2. Übergewinne vs. moderner Liberalismus

Dass diese Gewinne allein bei den Unternehmen verbleiben und nicht für die Finanzierung der Entlastung der Bevölkerung und vor allem auch der kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt werden können, ist mit liberalen Grundsätzen nicht vereinbar.

Denn ein moderner Liberalismus überlässt nur da die Erfüllung der Ziele einer liberalen Gesellschaft dem Selbstlauf privater Wirtschaft, wo diese durch Mechanismen des Marktes ausreichend gesichert werden können. Wo Ziele einer liberalen Gesellschaft durch den Selbstlauf der privaten Wirtschaft nicht erreicht werden können, wo somit von einem freien Spiel der Kräfte Ausfallerscheinungen für die Ziele einer liberalen Gesellschaft drohen, bedarf es gezielter Gegenmaßnahmen des Staates mit den Mitteln des Rechts (s. Freiburger Thesen von 1971, hier Erläuterungen zu These 4 – immer noch aktuell!!!).

Eine solche erforderliche Gegenmaßnahme ist in dem konkreten gesellschaftspolitischen Zusammenhang eine auf den Energiesektor beschränkte Besteuerung der dort erzielten Übergewinne. So hob der Energieversorger RWE seine Prognose kräftig an. Der Konzern profitiert wie kein anderer Dax-Konzern von den steigenden Strompreisen. Anstelle eines bereinigten Ergebnisses vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen von 3,6 bis vier Milliarden Euro veranschlagt RWE nun fünf bis 5,5 Milliarden Euro in diesem Jahr erwartet. Auch für das kommende Geschäftsjahr macht RWE Hoffnung auf eine „Fortsetzung der positiven Ergebnisentwicklung“ und stellte eine Anhebung der Prognose in Aussicht. (Quelle: Handelsblatt Online vom 10.08.2022, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/trends/aktien-fast-wie-in-boomzeiten-elf-dax-konzerne-erhoehen-ihre-jahresprognose-was-das-fuer-anleger-bedeutet/28585074.html>).

Auch aus weiteren politischen Gründen ist die Einführung einer solchen Abgabe geboten. Sie wirkt nämlich der Polemik entgegen, dass sich die FDP - wie in der Vergangenheit - wieder

einmal schützend vor die Konzerne stellt aber einer Maßnahme wie der Gas-Umlage ihr Plazet erteilt, die vor allem Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen erheblich belastet.

### 3. Die Steuer selbst

Im Einzelnen könnte diese „Übergewinnsteuer“ wie folgt ausgestaltet werden:  
Steuerpflichtig sind nur Unternehmen der Energiebranche, nämlich

– Unternehmen, die zum Zweck des Weiterverkaufs Strom herstellen, Methangas herstellen oder Erdgas fördern,

– Unternehmen, die mit Strom, Methangas oder Erdgas handeln,

– Unternehmen, die Erdölzeugnisse herstellen, verteilen oder damit handeln,

– Unternehmen, die Strom, Methangas, Erdgas oder Erdölzeugnisse zum Zweck des Weiterverkaufs importieren,

– Unternehmen, die Strom, Methangas, Erdgas oder Erdölzeugnisse aus anderen EU-Mitgliedstaaten in den Handel bringen.

Mit der Erhebung einer Sonderabgabe für den Energiesektor stünde Deutschland in Europa im Übrigen auch nicht allein. Großbritannien, Griechenland, Spanien, Rumänien, Ungarn und Italien, erben eine solche Sonderabgabe bzw. planen ihre Erhebung.

Ein gutes Beispiel ist hier Italien. In der Diskussion in Italien anlässlich der Einführung der neuen Abgabe wird diese zwar als Übergewinnsteuer bezeichnet, Bemessungsgrundlage ist aber der „Über-Umsatz“. Die Anknüpfung an die Umsätze führt zu einer erheblichen Vereinfachung der Erhebung der Steuer, da die erforderlichen Daten in Gestalt der Umsatzsteueranmeldungen bzw. -erklärungen sofort verfügbar sind. Zugleich werden die Schwierigkeiten der Bemessung des Übergewinns nach einkommensteuerlichen Methoden vermieden. Denn die Bemessung des Übergewinns nach einkommensteuerlichen Methoden ist problematisch. Dazu muss der

87 aktuelle Gewinn des Besteuerungszeitraums verglichen werden mit einem Referenzgewinn. Der  
88 Referenzgewinn kann sich nach einer vorgegebenen fiktiven Rendite bemessen oder nach den  
89 tatsächlichen Gewinnen desselben Unternehmens aus einem bestimmten Zeitraum vor dem  
90 Besteuerungszeitraum. Auch für Deutschland könnte das italienische Modell daher ein  
91 gangbares Modell sein. Zumal es im Vergleich zur reinen Gewinnbesteuerung weniger  
92 bürokratisch erscheint.

93  
94  
95 Die Einführung befristeter Sondersteuern zur Abschöpfung übermäßiger Erlöse ist zudem auch  
96 im „REPower EU“-Plan der Europäischen Union als Möglichkeit für die Mitgliedstaaten  
97 vorgesehen. Danach können die Mitgliedstaaten hohe Einnahmen des Energiesektors und  
98 darüber hinaus des Emissionshandels an die Verbraucher umverteilen.

99  
100 Im Übrigen wurden Übergewinnsteuern auch in der Vergangenheit schon erhoben,  
101 insbesondere in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Dabei wurden vor allem zwei Ziele verfolgt,  
102 nämlich das fiskalpolitische Ziel der Deckung eines außergewöhnlich hohen öffentlichen  
103 Finanzbedarfs und das weitere Ziel, Gewinne bestimmter Branchen abzuschöpfen, die  
104 entweder aufgrund oder während der Kriege erwirtschaftet wurden und daher als ungerecht  
105 empfunden wurden.

106  
107 (Zum Sachstand bei den Übergewinnsteuern in Europa s. Gutachten des wissenschaftl. Dienstes  
108 des BT vom 16.02.2022,  
109 [https://www.bundestag.de/resource/blob/905070/0119730bb5bd9cd35f7ac7e6014d8e27/WD](https://www.bundestag.de/resource/blob/905070/0119730bb5bd9cd35f7ac7e6014d8e27/WD-4-074-22-pdf-data.pdf)  
110 [-4-074-22-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/905070/0119730bb5bd9cd35f7ac7e6014d8e27/WD-4-074-22-pdf-data.pdf))

## 31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

### Antrag Nr. 15

Seite 1 von 1

1 **BETR.: Geplante Gasabgabe der Bundesregierung**

2 **Antragsteller: Regionalverband Müggelspre**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Die FDP Brandenburg lehnt die vorgeschlagene „Gasabgabe“ ab und fordert die FDP-Mitglieder  
5 der Bundesregierung und die FDP - Bundestagsabgeordneten auf, darauf zu drängen, dass der  
6 Koalitionsvertrag eingehalten wird. Auch in schwierigen Zeiten sind Steuererhöhungen zu  
7 Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie von Handwerk und Industrie auszuschließen. Im  
8 Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen steht deutlich: „Keine steuerlichen Mehrbelastungen von  
9 Bürgerinnen und Bürgern und Industrie“. Die vorgeschlagene „Gasabgabe“ zur ökonomischen  
10 Sicherung von Gasversorgern ist aber genau eine steuerliche Mehrbelastung.

11 Politischer Fehlentscheidungen in der Energiepolitik der letzten Jahre und die durchaus  
12 vermeidbare Abhängigkeit von russischem Gas dürfen nicht auf den Rücken unserer Bürger und  
13 der Industrie ausgetragen werden.

14 Wir fordern unsere Minister und Bundestagsabgeordneten auf, mit Ihren Kompetenzen, nach  
15 technischen und diplomatischen Lösungen zu suchen, statt die Gasumlage mitzutragen.

16 Die Einführung einer Gasumlage ist Sabotage am sozialen Frieden und an der Wirtschaft in  
17 Deutschland und nicht vereinbar mit der Politik der FDP.

18 Begründung:

19 Erfolgt mündlich

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ übernommen .....  
☐ überwiesen an: ..... sonstiges.....

# Freie Demokraten

Brandenburg **FDP**







**GEMEINSAM  
NEUE WEGE  
GEHEN.**

**MITMACHEN.FDP-BRANDENBURG.DE**

**MITMACHEN.FDP-BRANDENBURG.DE**

Freie Demokratische Partei (FDP), Landesverband Brandenburg, Dortustraße 53,  
14467 Potsdam, Telefon: 0331 – 29 16 41, Telefax: 0331 – 29 19 40,  
E-Mail: lvbrb@fdp.de, Internet: fdp-brandenburg.de